

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 17.10. – 21.10.2011

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Finanzmarktkrise und Bürgerproteste

2. Bundes-Trojaner

3. Verkehrs-Schlichtungsstelle auch für Flug-Passagiere öffnen

4. Demografie



Finanzmarktkrise und kein Ende Bürger-Proteste und Chaostage im Parlament

Weltweit protestieren die Menschen auf Straßen und Plätzen, um ihren Frust und ihre Wut über die Folgen der Finanzmarktkrise zu verdeutlichen. Gerade die Proteste der Jüngeren, ob in Tel Aviv, an der Wall Street in New York, in Madrid oder eben in Frankfurt, sind mehr als ein Warnzeichen und müssen die Politik aufrütteln!

Das Vertrauen in die Demokratie darf nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, deshalb müssen wir den Wildwuchs der Finanzmärkte mit klaren Regeln bekämpfen. Seit Beginn der Krise haben wir Schritte vorgeschlagen, die von der Regierung wegen parteiinterner Probleme nicht umgesetzt wurden. In den Bundestagsprotokollen nachlesbar, hat zum Beispiel Peer Steinbrück wirtschaftliche Hilfen für Griechenland in einer Art Marshall-Plan gefordert, um sozialen Unruhen vorzubeugen. Von Beginn an forderten wir einen Schuldenschnitt mit hoher Gläubigerbeteiligung.

In den letzten Monaten hören wir viele europakritische Töne, die uns Sorgen bereiten. **Wir sollten uns immer wieder vor Augen führen, dass wir dank der Gemeinschaft von zwischenzeitlich 27 Staaten seit 1950 friedlich und ohne Krieg leben können.** Letzte Woche hat Helmut Schmidt dazu ein Interview gegeben.

Helmut Schmidt sagt:

„Die bisherigen Ermahnungen, Ratschläge und herablassenden Belehrungen seitens anderer Mitglieder der Europäischen Union haben in Griechenland eine Depression ausgelöst.“

Und auf die Frage, ob man da nicht sagen könne, sie seien selber schuld, antwortet Schmidt:

„Wissen Sie, ich will das einmal mit der deutschen Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergleichen. Natürlich hätten die Amerikaner oder Franzosen damals sagen können: Die Deutschen haben selber schuld, lass sie doch verkommen in ihrem Elend! Das haben sie aber nicht getan. Stattdessen haben die Amerikaner den Marshall-Plan erfunden, die Franzosen haben uns 1950 mit ihrem Schuman-Plan die Hand entgegengestreckt. Im Verhältnis zur damaligen Lage Deutschlands und zur Hilfsbereitschaft dieser Länder, die wenige Jahre zuvor noch unsere Kriegsfeinde gewesen waren, ist das gegenwärtige griechische Problem ein kleines – und der Teufel soll die europäischen Regierungschefs holen, wenn sie es nicht fertigbrächten, Griechenland zu retten!“

Helmut Schmidts Aussagen teilen wir ausdrücklich. Denn: Wer ist denn DER Grieche? Der Arbeiter, der Rentner, der Polizist, der Busfahrer haben Griechenland sicherlich nicht in diese Lage gebracht. Die Regierungen haben versagt und nicht der „kleine Mann“. Jede/r sollte sich einmal in die Lage des Busfahrers versetzen, der gemeinsam mit seiner Frau ein Jahreseinkommen von 30.000 Euro hatte und jetzt nur noch auf 18.000 Euro kommt. Da würde jeder von uns auch demonstrieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir erstens Solidarität zeigen und zweitens den Menschen auch wieder wirtschaftliche Perspektiven bieten.

Dringend überfällig ist eine Beteiligung der Finanzmarktakteure an den Kosten der Krise durch eine Finanztransaktionssteuer. Sigmar Gabriel hat es am Montag dieser Woche in einem Interview mit dem Spiegel so formuliert: *„Was wir derzeit haben, ist ein Verlustsozialismus. Was schiefgeht, trägt die Allgemeinheit, und was gutgeht, wird privatisiert.“* Damit genau das in Zukunft nicht einfach weitergeht, muss auch eine Teilverstaatlichung von Banken wieder ins Blickfeld der Diskussion rücken und eine Antwort könnte lauten, hochriskante Investmentbanking-Geschäfte vom Kundengeschäft zu trennen.

Dennoch: allen Maßnahmen voran muss eine umfassende und transparente Informationspolitik der Bundesregierung gehen. Wir wollen Klarheit über das Ausmaß dessen, für was wir als Gemeinschaft haften und wir wollen zukünftige Maßnahmen auf Grundlage klarer Aussagen treffen können. Das ist unser demokratisches Recht und wir fordern es ein! Leider ist das Gegenteil der Fall.

Merkel und Schäubles Informationspolitik ist inakzeptabel

Vor dem Euro-Gipfel am Sonntag herrscht weiter Unklarheit über die Ausgestaltung des Euro-Rettungsfonds EFSF. Mit Empörung mussten unsere Haushaltspolitiker zur Kenntnis nehmen, dass Finanzminister Schäuble am Donnerstag einen Entwurf übersandte, der vollkommen anders war als das, was öffentlich diskutiert wurde. Weder die Frage des Volumens des EFSF wurde erläutert, noch bestand Klarheit über die viel diskutierte „Hebelung“ des Fonds. Mit den vorliegenden Papieren konnte weder der Haushaltsausschuss, noch der Bundestag angemessen debattieren und beschließen.

Und das Verwirrspiel ging am Donnerstag weiter: Mehrfach wurde das Plenum wegen Fraktionssitzungen unterbrochen und letztendlich wurde die für Freitag geplante Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel zum Europäischen Rat kurzfristig abgesagt.

Am heutigen Freitag haben daher BÜNDNIS 90/Die Grünen einen Antrag zur Beratung eingebracht um die Möglichkeit zu eröffnen, über die ESFS-Leitlinien zu diskutieren. Diese den Parlamentariern gestern zur Verfügung gestellten

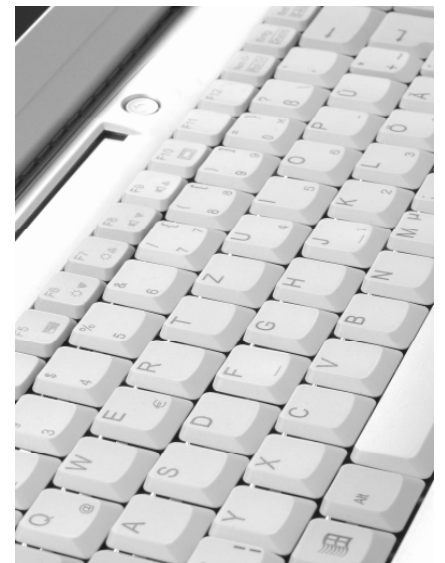
Leitlinien seien „ein Entwurf eines Entwurfes“, kritisierte selbst CDU-Finanzminister Schäuble gestern im Haushaltsausschuss. Und es ist bis heute vollkommen unklar, ob der letzte Satz der Leitlinien „Nutzung von Anleihen für Repo-Geschäfte mit Geschäftsbanken, um das Liquiditätsmanagement der EFSF zu unterstützen“ nun eine Hebelung erlaubt. **SPD und GRÜNE waren sich jedoch heute im Plenum einig, dass es nicht sein könne, dass es bei dem milliardenschweren Rettungspaket in der letzten Sitzungswoche eine öffentliche Diskussion im Bundestag gab und nun, wo die Möglichkeit besteht, durch einen Hebel das Finanzvolumen auf mehrere Billionen Euro anzuheben, hinter verschlossenen Türen im Haushaltsausschuss abgestimmt werden soll!**

Der Antrag wurde von den Koalitionären abgelehnt und nun soll der Haushaltsausschuss am Freitag Nachmittag in geheimer Sitzung über die zukünftigen Befugnisse des ESFS abstimmen. Voraussichtlich werden wir uns an dieser Abstimmung nicht beteiligen.

Chaostage im Bundestag – Verantwortung sieht anders aus! Merkel zieht sich ohne Erklärung aus der Verantwortung und der Haushaltsausschuss soll es richten. Die Kanzlerin und ihre Mannschaft versagen in dieser existenziellen Krise!

Sicherheit von Schnüffel-Software lückenlos aufklären!

Welche Befugnisse haben Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden bei der Durchsuchung privater Computer? Hintergrund der aktuellen Diskussion um dieses Thema ist der umstrittene Einsatz staatlicher Überwachungsprogramme, sogenannter Bundes-Trojaner. Diese können über das Internet auf Rechnern installiert werden und Daten an die Ermittler weiterleiten.



Das Problem mit der staatlichen Schnüffel-Software, die insbesondere in Bayern zum Einsatz kam, ist, dass PCs durch sie nicht nur ausgespäht sondern auch ferngesteuert werden können. Auch wenn sich Bayerns Innenminister Herrmann und Bundes-Innenminister Hans-Peter Friedrich -beide CSU- herausreden, widerspricht das vom Chaos Computer Club aufgedeckte Vorgehen augenscheinlich den engen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zu Online-Durchsuchungen und wäre somit ein Grundrechtsverstoß. Bundes-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP warnt ebenso vor Missbrauch wie SPD und GRÜNE. Wir Sozialdemokraten fordern vom Innenminister, den Sachverhalt umfassend aufzuklären. Selbstverständlich müssen beim Einsatz einer solchen Software die Regeln des Bundesverfassungsgerichtes eingehalten werden und die Software muss missbrauchsgeschützt sein. Ist sie dies nicht, so kann sie beispielsweise von Hackern missbraucht werden. Es besteht der Verdacht, dass Gesetze nicht eingehalten und so die Privatsphäre von Bürgern verletzt wurde. Daher müssen die Ausschüsse des Parlaments umgehend über Art und Häufigkeit der Anwendung von Bundes-Trojanern aufgeklärt und der Missbrauchsschutz der Software muss überprüft werden! Auch bestehen wir

darauf, zu erfahren, für welche Zwecke die bisher ermittelten Daten gebraucht wurden. Sollte Spionage-Software eingesetzt worden sein, die über die Überwachung von laufender Kommunikation hinaus ging, wäre dies ein schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und klar verfassungswidrig. **Wir fordern, sofort Licht ins technische Dunkel zu bringen und das Parlament und seine Ausschüsse sofort und umfassend zu informieren.**

Schlichtungsstelle auch für Flug-Passagiere



Wir alle verreisen gerne – ob mit Bus, Bahn oder per Flieger. Auch die berufliche Mobilität nimmt zu. Ärgerlich ist es da, wenn es zu Verspätungen kommt, Flieger überbucht sind oder Verbindungen gar komplett gestrichen werden. Umso wichtiger ist es dann, dass die Passagiere einen verlässlichen Ansprechpartner haben, der ihre Schadenersatz-Ansprüche vertritt.

Mit einem Antrag wollen wir erreichen, dass sich auch die Luftfahrtunternehmen der bestehende „Schlichtungsstelle öffentlicher Personenverkehr e.V.“ (söp) anschließen, weil das einfach verbraucherfreundlich ist. Als luftfahrtpolitische Sprecherin begründete Uli den Antrag im Plenum (hier kann die Rede angehört werden):

http://webtv.bundestag.de/player/macros/_v_f_514_de/od_player.html?singleton=true&content=1376026)

Allgemein besteht im Verkehrsbereich ein großer Bedarf an außergerichtlicher Schlichtung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der einen und Unternehmen auf der anderen Seite. Die söp leistet auf diesem Gebiet bereits sehr gute Arbeit was Bahn, Bus und Schiffsreisen angeht. Die Quote der Streitbelegungen liegt bei über 90 Prozent! Wir würden es begrüßen, wenn nun auch die Fluggesellschaften, die sich bisher nicht an der Errichtung einer Schlichtungsstelle beteiligt haben, diesen Schritt tun würden.

Die Verbraucherzentralen haben festgestellt, dass EU-weit geltende Fluggast-Rechte häufig missachtet werden und insbesondere Beschwerden nicht ernst genommen würden. Auch die Kundenbetreuung ließe oft zu wünschen übrig. Daraufhin hatten bereits die Verbraucherminister der Bundesländer die Regierung aufgefordert, alle Reiseverkehrsunternehmen inklusive der Flugreise-Unternehmen, zur Teilnahme an der söp zu verpflichten. Bei der Schlichtungsstelle trägt das Unternehmen die Kosten, soweit der Verbraucher bzw. Passagier diese nicht missbräuchlich angerufen hat.

Für eine verkehrsträgerübergreifende Schlichtung durch die söp, die auch den Flugverkehr miteinbezieht, setzen sich Verbraucherschützer und SPD gemeinsam ein.



Demografie: SPD will Miteinander der Generationen gestalten

Der demografische Wandel prägt die Zukunft unseres Landes und unserer Regionen. Konkret bedeutet das: wir werden älter, wir bekommen weniger Kinder als frühere Generationen und wir werden bunter, das heißt es werden immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen

leben. Gerade in ländlichen Regionen steht die Gemeinschaft vor enormen Herausforderungen, sei es bei der Organisation der Infrastruktur oder der ärztlichen Versorgung angesichts eines steigenden Pflegebedarfs.

Es hilft nichts, Ängste zu schüren – wir müssen jetzt anpacken und handeln! Die SPD führt den Dialog mit den Menschen und will Handlungskonzepte so lebensnah wie möglich entwickeln um Sicherheit und Fortschritt im Wandel zu gewährleisten.

Dazu haben wir, im Gegensatz zur CDU/CSU und FDP-Koalition, die das Thema fahrlässig verschleppt, eine Große Anfrage ins Plenum eingebracht. Sie trägt den Titel „Der demografische Wandel in Deutschland – Handlungskonzepte für Sicherheit und Fortschritt im Wandel“ und hat die Drucksachen-Nummer 17/6377. Wir haken nach, damit wir auf Grund solider Daten und Fakten handeln können. Unsere Ziele dabei lauten:

- **Allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen geben**
- **Familien unterstützen (Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen)**
- **Das Fachkräftepotenzial ausschöpfen um Fortschritt und Wohlstand in unserem Land zu sichern**
- **ein aktives Altern zu ermöglichen**
- **Betreuung und Pflege zukunftsfest zu machen und**
- **unsere Kommunen handlungsfähig und lebens- und liebenswert zu erhalten.**

Wir haben einen Flyer mit Informationen und Kontaktmöglichkeiten dieser Ausgabe der „Aktuellen Hauptstadtinfos“ beigefügt. Den Wandel zu gestalten wird uns nur gemeinsam gelingen! Darum: macht mit, bringt Eure Ideen ein. Wir freuen uns auf einen aktiven Dialog!

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia